

Landeshauptstadt Potsdam  
Bereich 513 - Partizipation und  
Tolerantes Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

**Rückfragen bitte an**  
Herrn Rick  
  
Zimmer 15

Telefon: (0 22 51) 14-0  
Durchwahl: (0 22 51) 14-448  
Fax: (0 22 51) 14 58 448  
eMail: [wrick@euskirchen.de](mailto:wrick@euskirchen.de)

Ihr Zeichen

Mein Zeichen  
6/31.30.020/Ri

Datum  
12.05.2021

## **Euskirchen wird Sicherer Hafen**

Sehr geehrte Frau Pohle, sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des § 60 Abs. 2 GO NRW hat der Haupt- und Finanzausschuss der Kreisstadt Euskirchen in seiner Sitzung am 18.02.2021 folgende Beschlüsse gefasst:

### **Sicherer Hafen**

*Die Stadt Euskirchen erklärt sich zum Sicherem Hafen und bekräftigt ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie setzt sich für sichere Fluchtwege, staatliche Seenotrettungsmissionen und eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden ein.*

### **Aufnahme zusätzlich zur Quote**

*Die Stadt Euskirchen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen bzw. von Menschen, die in Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen, sicher.*

*Diese Aufnahme erfolgt zusätzlich zur Verteilungsquote von Asylsuchenden (Königsteiner Schlüssel). Für die konkrete Umsetzung dieser zusätzlichen Aufnahmen wird sich die Stadt Euskirchen mit dem Bundesinnenministerium, dem zuständigen Landesministerium und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verständigen.*

### **Unterstützung für Aufnahmeprogramme**

*Die Stadt Euskirchen begrüßt die bestehenden Programme auf Landes- und Bundesebene zur Aufnahme von Schutzsuchenden. Sie setzt sich gegenüber dem Bundesland NRW und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur Aufnahme von Geflüchteten ein und bietet dafür selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an.*

*a) Die Stadt Euskirchen fordert die Regierung von NRW auf, dass sie ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gemäß § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz einführen darf und damit Flüchtenden die sichere Einreise nach Deutschland und einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.*

b) Die Stadt Euskirchen fordert die Regierung von NRW und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz und anderen Programmen zur sicheren Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen zu ersparen.

**Kommunales Bündnis „Städte Sicherer Häfen“**

Die Stadt Euskirchen setzt sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte ein. Sie tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und beteiligt sich am Bündnis aller Sicherer Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

**Transparenz**

Die Stadt Euskirchen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem Sicheren Hafen wird. Sie informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.

Ich freue mich sehr, dem Bündnis als 95. Stadt beitreten zu dürfen, und bin gerne bereit, mich mit den Forderungen des Bündnisses solidarisch zu erklären.

Beigefügt erhalten Sie die von den berechtigten Vertretern der Stadt Euskirchen unterschriebene Potsdamer Erklärung zur weiteren Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen



Sacha Reichelt  
Bürgermeister

### Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter\*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Euskirchen, 12.05.2021  
Die Städte Sicherer Häfen



Sacha Reichelt  
Bürgermeister



Alfred Jaax  
Erster Beigeordneter